

# RAT DER STADT BIELEFELD

Auszug  
aus der Niederschrift  
der Sitzung vom 06.02.2020

---

Zu Punkt 8  
(öffentlich)

## Luftreinhalteplan Bielefeld - Beitrag der Stadt Bielefeld zu den Vergleichsverhandlungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Deutschen Umwelthilfe

getrennte Abstimmung einzelner Punkte

-.-.-

### Beratungsgrundlage:

Drucksachen:

10157/2014-2020 (Vorlage)

10165/2014-2020 (Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 4.3)

10234/2014-2020 (Antrag der Fraktion Die Linke zu TOP 4.3)

10237/2014-2020 (Antrag der Fraktion Die Linke zu TOP 8)

10259/2014-2020 (Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen und der Einzelvertreter von Bürgernähe/Piraten und Lokaldemokratie in Bielefeld)

### Antrag der CDU-Fraktion, TOP 4.3 „Klimaschutzprogramm – Einführung eines 365-Euro-Tickets für den ÖPNV

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit der städtischen Tochter moBiel einen Förderantrag für das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zum Klimaschutz „Modellprojekte für ÖPNV-Jahrestickets“ (Klimaschutzprogramm 2030) zu erarbeiten, damit Bielefeld als eine von 10 Modellprojekten zur Stärkung des ÖPNV ein 365-Euro-Jahresticket durch die Finanzierung von Fördermitteln einführen kann.

-.-.-

### Antrag der Fraktion Die Linke zu TOP 4.3

#### Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie hoch die Kosten für die Stadt bei der Einführung eines 365 Euro-Tickets sind.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit den Regiopole-Partnern für eine regionale 365 Euro-Lösung einzusetzen.

-.-.-

### Antrag der Fraktion Die Linke zu TOP 8 „Luftreinhalteplan Bielefeld“

#### Beschlussvorschlag:

In dem Maßnahmenpaket wird in dem Kapitel Maßnahmenfeld: ÖPNV ein weiterer Abschnitt eingefügt – und zwar nach dem Abschnitt Modernisierung der Busflotte:

#### Verbesserung und Ausbau des bestehenden ÖPNV-Angebotes

Aktuell befindet sich ein neuer Nahverkehrsplan für die Stadt Bielefeld in Bearbeitung. Dieser sieht ab 2023 neue Buslinien im Stadtgebiet sowie auf

*verschiedenen Linien eine Taktverdichtung vor. Damit entsteht eine deutliche Verbesserung des aktuellen ÖPNV-Angebots.*

*Zwei Stadtbahnlinien – nach Sennestadt und Hillegossen/Ubbedissen – befinden sich aktuell in der Bürgerbeteiligung. Für beide Linien ist die Planfeststellung für die nächsten Jahre geplant. Für zwei weitere Projekte – Stadtbahn nach Jöllenbeck und Verbindung der Linien 3 und 4 gibt es positive politische Beschlüsse (Empfehlungscharakter) in den Bezirken Jöllenbeck und Dornberg. Eine Aufnahme in den Nahverkehrsplan ist durch die Verwaltung vorgesehen.*

*-.-.-*

*Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelvertreter von Bürgernähe/Piraten und Lokaldemokratie in Bielefeld*

*Beschlussvorschlag:*

*Der Beschlusstext der Vorlage 10157/2014-2020 wird wie folgt ergänzt:*

*Der Rat der Stadt folgt der Beschlussempfehlung der Vorlage 10063/2014-2020 und beauftragt die Verwaltung das in dieser Vorlage vorgestellte bauzeitliche Verkehrskonzept während der Umgestaltung des Jahnplatzes umzusetzen.*

*Die Anlage 2 zur Drucksachen Nr. 10157/2014-2020 im Bereich „Maßnahmenfeld ÖPNV“ wird wie folgt verändert:*

- a. „Förderung des Jobtickets“ wird verändert in „Entwicklung attraktiver Tarife für den ÖPNV“*
- b. Ergänzung nach dem letzten Absatz des Maßnahmenfeldes:  
„Als weiteres mögliches Projekt soll ein Förderantrag zur Einführung eines 365-Euro-Tickets für den ÖPNV geprüft und den Gremien ebenfalls zur Beratung und Beschlussfassung vorgestellt werden. Die Erfahrungen sowie die Kosten von Städten, die ein solches Tarifmodell bereits eingeführt haben, sollen dabei einbezogen werden.“*

*-.-.-*

Unter Verweis auf die Diskussion vor Eintritt in die Tagesordnung betont Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) nochmals, dass er den Verweis des Antrages seiner Fraktion zur Einführung eines 365-Euro-Tickets zur gemeinsamen Beratung mit einem anderen Tagesordnungspunkt ohne Zustimmung des Antragstellers rechtlich für fragwürdig erachte. Von daher kündige er diesbezüglich eine Überprüfung der Angelegenheit an. In der Sache selbst führt er aus, dass die Bundesregierung im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes u. a. Maßnahmen beschlossen habe, durch die es Kommunen ermöglicht werden solle, neue Formen des ÖPNV zu testen. Nach Auskunft des zuständigen Ministeriums erfolge in den nächsten Tagen eine Freigabe der hierfür bereitgestellten Mittel, durch die – je nach Maßnahme - eine bis zu 80%ige Förderung gewährt werde. Seine Fraktion spreche sich dafür aus, diese Fördermittel abzurufen, um herauszufinden, ob durch eine Vergünstigung der bisherigen Tarife und die damit verbundene Einführung eines 365-Euro-Tickets die Attraktivität des ÖPNV so weit erhöht werden könne, dass mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV bewegt werden könnten. Durch die Einführung des 365-Euro-Tickets würden auch die kaum noch nachvollziehbaren unterschiedlichen Ticket-Varianten und Tarife radikal vereinfacht, was ein weiterer Beitrag zur Attraktivitätssteigerung wäre. Zum Luftreinhalteplan erklärt er nachfolgend, dass

seine Fraktion den Vergleichsvorschlag und damit auch das Maßnahmenpaket ablehne. Im Klageverfahren zwischen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem Land NRW sei die Stadt Bielefeld Beigeladene und könne Einwendungen einbringen. In diesem Zusammenhang begrüße er ausdrücklich, dass die Entscheidung über das Bielefelder Maßnahmenpaket öffentlich diskutiert werden könne, was in den übrigen Verfahren zwischen dem Land NRW und der DUH normalerweise nicht erfolge. In dem Vergleichsvorschlag seien u. a. Regelungen enthalten, wie das Land und die DUH das weitere Verfahren begleiten würden. So sähen beispielsweise Schlichtungsregelungen vor, dass bei Veränderungen sowohl das Land wie auch die DUH auf den jeweils anderen Partner zukommen könnten, um gemeinsam Lösungen zu finden. Dass die Stadt Bielefeld hierbei als Betroffene offensichtlich keine Rolle spiele, sei absolut inakzeptabel und habe nichts mit kommunaler Selbstverwaltung zu tun. In Anbetracht der als Anlage beigefügten Übersicht über die NO<sub>2</sub>-Messwerte, die allesamt unterhalb des Grenzwertes von 40 µg/m<sup>3</sup> liegen würden, bestünde aus Sicht seiner Fraktion zudem überhaupt keine Notwendigkeit, zusätzliche Maßnahmen zu benennen, durch die die erreichten Werte noch weiter unterschritten würden. In diesem Zusammenhang sei auch noch zu berücksichtigen, dass allein durch die zu erwartenden technischen Innovationen von einer weiteren Reduzierung der Werte um ca. 20 % ausgegangen werden könne. Das Maßnahmenpaket beinhalte neben einigen sinnvollen Maßnahmen, wie z. B. der Ausbau des ÖPNV, auch einige grundsätzliche Maßnahmen, die - wie z. B. das Radwegekonzept - noch gar nicht konkret beschrieben worden seien. Zu dem Ergänzungsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der beiden Einzelvertreter zum bauzeitlichen Verkehrskonzept sei formalrechtlich anzumerken, dass dieses mit dem Luftreinhalteplan nicht einmal ansatzweise etwas zu tun habe und insofern auch nicht vom Rat zu beschließen sei. Konkret gehe es um das Verkehrskonzept während der Umgestaltung des Jahnplatzes, das im Stadtentwicklungsausschuss (StEA) als dem dafür zuständigen Fachausschuss bei Stimmengleichheit abgelehnt worden sei. Um das Konzept jetzt doch noch mit der Einstimmenmehrheit im Rat auf den Weg bringen zu können, werde durch den Ergänzungsantrag die Beratung und Beschlussfassung über den Luftreinhalteplan um das bauzeitliche Konzept für eine konkrete Baumaßnahme erweitert. Aufgrund der Bedenken gegen dieses Verfahren werde er auch hier eine rechtliche Prüfung veranlassen.

Herr Frischemeier (SPD-Fraktion) begrüßt das vom Oberbürgermeister gewählte Verfahren, durch das der Beitrag der Stadt Bielefeld zu den Vergleichsverhandlungen öffentlich diskutiert werden könne, während dies in den anderen betroffenen Kommunen nichtöffentlich erfolge. Der Luftreinhalteplan habe zum Ziel, die Menschen, die als Anliegerinnen und Anlieger am Jahnplatz wohnen oder den Jahnplatz als Verkehrsknotenpunkt nutzen würden, vor einer zu hohen Konzentration von Stickoxiden zu schützen. Insofern müssten über die in 2018 erfolgreich eingerichtete Umweltspur hinaus weitere Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung ergriffen werden, wobei die geplante Umgestaltung des Jahnplatzes den zentralen Baustein des Maßnahmenpakets zum Luftreinhalteplan darstelle. Insofern sei es sinnvoll und richtig, in diesem Kontext auch das bauzeitliche Verkehrskonzept zu erörtern bzw. zu beschließen. Darüber hinaus seien weitere langfristige Maßnahmen erforderlich, um zu vermeiden, dass andere Innenstadtbereiche durch die zu erwartende Verteilung der Verkehre belastet würden. Hierzu zähle beispielsweise das Radverkehrskonzept, das in einer Steuerungsgruppe entwickelt werde, aus der CDU und FDP im Juni letzten

Jahres ausgestiegen wären, oder das Jobticket, für das eine Förderung aus dem vom Bund aufgelegten „Klimaschutzprogramm 2030“ eingeworben werden solle. Seine Fraktion werde der Vorlage und damit auch dem Maßnahmenpaket zustimmen.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass der Antrag der CDU zur Einführung eines 365-Euro-Tickets ein Beispiel für reine Symbolpolitik sei, da in ihm keine Aussage dazu getroffen werde, wie eine mögliche Weiterfinanzierung des Tickets nach Auslaufen der Förderung erfolgen solle. Insofern sehe er hier die Notwendigkeit, die Fragestellung zunächst in dem zuständigen Fachausschuss inhaltlich zu diskutieren. Von daher sei der Antrag der Paprika zum Umgang mit dem 365-Euro-Ticket wesentlich umfassender und zielführender. Das Ticket könne ein einzelner Beitrag zur Mobilitätswende sein, allerdings sei diese nur im Kontext mit anderen Maßnahmen zu erreichen. So habe die Stadt Wien nicht nur ein 365-Euro-Ticket eingeführt, sondern Parkplätze im Innenstadtbereich reduziert und verteuert. Der Luftreinhalteplan und das in diesem Zusammenhang entwickelte Maßnahmenpaket sei kein Selbstzweck; vielmehr werde durch das Maßnahmenpaket die Einhaltung der Grenzwerte gewährleistet, was für die Gesundheit der Bevölkerung von großer Bedeutung sei. Zudem werde die Aufenthaltsqualität gesteigert und somit eine attraktive, lebenswerte Innenstadt geschaffen. Wenn das Thema „Klimaschutz“ ernst genommen werden solle, müsse auch die Bereitschaft bestehen, große Schritte verantwortungsvoll zu planen und umzusetzen. Da auf S. 1 des Maßnahmenpakets die Umgestaltung des Jahnplatzes mit der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs um 35 % als Zentralmaßnahme aufgeführt werde, sei es verantwortungslos, die Umsetzung dieses Aspekts mit der Aussage, das Baustellenkonzept sei nicht in diesem Kontext zu sehen, zu verhindern. Der Antrag der Fraktion Die Linke, Ergänzungen im Maßnahmenfeld „ÖPNV“ vorzunehmen sei sinnvoll und sollte entsprechend mit aufgenommen werden, da die Mobilitätswende ein Gesamtkonstrukt sei.

Herr Ridder-Wilkens (Fraktion Die Linke) erklärt, dass seine Fraktion - auch wenn sie sich grundsätzlich für einen kostenfreien Nahverkehr einsetze - den Antrag der CDU zur Einführung des 365-Euro-Tickets als Schritt in die richtige Richtung begrüße. Allerdings sehe er für eine dauerhafte Lösung die Notwendigkeit einer seriösen Gegenfinanzierung, für die es aber erforderlich sei, zunächst die gesamte Kostensituation darzustellen. Darüber hinaus sollte gemeinsam mit den übrigen Kommunen der Regiopoll-Region die Möglichkeit einer regionalen Lösung erörtert werden, um auch für die Bevölkerung im Umland einen Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV zu schaffen. Zum Antrag der Paprika-Kooperation zur Umsetzung des bauzeitlichen Verkehrskonzepts sei anzumerken, dass in der Bezirksvertretung Mitte sehr viel Kritik insbesondere an der geplanten Umleitung über die Körnerstraße geäußert worden sei. Da aber lt. Verwaltung das Verkehrskonzept erforderlichenfalls im Verfahren durchaus noch angepasst werden könne, werde seine Fraktion dem Antrag der Paprika-Kooperation zustimmen.

Frau Wahl-Schwentker (FDP-Ratsgruppe) stellt fest, dass die Verkehrspolitik der Paprika in den zurückliegenden fünf Jahren nicht gut gelaufen sei und nunmehr in die hektisch und ohne Expertise erstellten Pläne zur Umgestaltung des Jahnplatzes münde. Die FDP habe in dieser Wahlperiode viele Vorschläge für eine bessere Verkehrsführung und zur Luftreinhaltung

unterbreitet, die letztlich alle abgelehnt worden seien. So sei die großräumige Umleitung über den OWD ebenso angeregt worden wie die Ausweitung von Park+Ride-Angeboten in den Außenbereichen oder intelligente Verkehrsleitsysteme. Auch habe die FDP schon seit langem das Schülerticket gefordert. Zudem hätten Fördermittel für den Radwegebau zurückgegeben werden müssen, da es nicht gelungen sei, die Förderbedingungen zu erfüllen. Aus ihrer Sicht gehe es der Paprika-Kooperation darum, den motorisierten Individualverkehr zu bekämpfen. Durch die heutige Beschlussfassung zum Maßnahmenpaket werde diese Politik für die Zukunft verfestigt und die Stadt einem Abmahnverein ausgeliefert. Zudem würden in das Maßnahmenfeld „Fuß- und Radverkehr – Verbesserung des Radverkehrsnetzes“ Maßnahmen wie z. B. Radrouten auf Hauptverkehrsstraßen aufgeführt, über die noch gar nicht beschlossen worden sei. Der Ergänzungsantrag der Paprika-Kooperation werde heute nur gestellt, weil das bauzeitliche Verkehrskonzept im StEA bei Stimmengleichheit abgelehnt worden sei. Dieses Vorgehen sei rechtlich sehr fragwürdig. Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum Maßnahmenfeld „ÖPNV“ sei grundsätzlich richtig. Da er aber unter der Ägide der DUH zu sehen sei, werde die FDP ihn ablehnen. Der Antrag der CDU-Fraktion habe eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV zum Ziel und von daher könne sie nicht nachvollziehen, dass dieser nicht auf breite Zustimmung stoße.

Herr Gugat (Einzelvertreter Lokaldemokratie in Bielefeld) stellt einen parteiübergreifenden Konsens fest, dass etwas in Sachen Luftreinhaltung geschehen müsse. In der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden solle, gebe es aber erhebliche Diskrepanzen. Bereits in der vorangegangenen Sondersitzung habe die Verwaltung erläutert, aus welchen Gründen die von der CDU geforderte „Grüne Welle“ nicht realisierbar sei. Zusätzliche Park+Ride-Angebote könne er nur unterstützen. Allerdings habe das Amt für Verkehr in 2015 ermittelt, dass die Errichtung von 5.000 Plätzen rund 50 Mio. Euro kosten würde, was in dieser Größenordnung finanziell nicht darstellbar sei. Die Hoffnung auf technische Lösungen sei letztlich nur magisches Denken. Die Einführung eines 365-Euro-Tickets sei ein Schritt in Richtung des schon früher von ihm geforderten umlagefinanzierten fahrscheinfreien ÖPNV. Hierzu sei seinerzeit ein Gutachten zu den Kosten und der Wirksamkeit in Auftrag gegeben worden, dessen Ergebnis leider noch nicht vorliege. Die Inanspruchnahme von Fördermitteln sei zu begrüßen, allerdings müsse auch überlegt werden, wie mit der Maßnahme nach Ablauf der Förderung umzugehen sei. Das in Rede stehende Maßnahmenpaket sei weitestgehend beschlossen und er lege Wert auf die Feststellung, dass sich in diesem Verfahren niemand der DUH unterwerfe.

Herr Rüscher (Fraktion Bielefelder Mitte) beantragt einleitend getrennte Abstimmung über die Punkte a) und b) des Änderungsantrages von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der beiden Einzelvertreter. Bereits in der letzten Sitzung habe er bezweifelt, dass der angestrebte Modal Split von 75 % Umweltverbund und 25 % Individualverkehr überhaupt erreicht werden könne. Da sich das ÖPNV-Angebot nicht beliebig steigern lasse, müssten dem motorisierten Individualverkehr Restriktionen auferlegt werden, was zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehe. Auch wenn Luftreinhaltung gut und notwendig sei und es zudem Sinn mache, die schon jetzt unterhalb der Grenzwerte liegenden Werte weiter zu verbessern, werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen, da letztlich vorgeschlagen werde, die

Kontrolle an die DUH zu übertragen. Auch lehne er es ab, über die Beschlussfassung des Luftreinhalteplans inklusive des Maßnahmenkatalogs frühere Beschlüsse der Paprika quasi nachträglich zu legitimieren.

Herr Heißenberg (Einzelvertreter Bürgernähe/Piraten) erklärt, dass die Aktivitäten der DUH zumindest dafür gesorgt hätten, dass sich die deutschen Gebietskörperschaften einer rechtlichen Prüfung unterziehen und gegebenenfalls den rechtlichen Konsequenzen einer Luftreinhaltung stellen müssten. Da die derzeitigen Messwerte im gesetzeskonformen Bereich lägen, befinde sich Bielefeld in einer eher günstigen Position im Hinblick auf Fahrverbote, was nicht zuletzt auch auf die im Maßnahmenpaket dargestellten Maßnahmen zurückzuführen sei. Dabei handele es sich um Maßnahmen, die entweder bereits von der Ratsmehrheit beschlossen worden seien oder von der Verwaltung aktuell vorbereitet würden, was auch ein Beleg für das jahrelange, zielorientierte Handeln der Verwaltung gemeinsam mit der Paprika-Koalition sei. Der Beschluss zum bauzeitlichen Verkehrskonzept stünde in originärem Zusammenhang mit dem als Zentralmaßnahme bezeichneten Jahnplatz-Umbau und sei von daher zwingend notwendig.

Herr Franz (SPD-Fraktion) tritt dem Eindruck, Bielefeld würde sich hier freiwillig einem Vergleichsverfahren unterwerfen, entgegen. Vielmehr sei im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem Land NRW und der DUH dahingehend ein Übereinkommen erzielt worden, dass für alle beklagten Städte in NRW ein Vergleich zu vereinbaren sei. Die aktuellen Messwerte zeigten, dass bereits der in 2018 als Probelauf für eine künftige Umgestaltung des Jahnplatzes durchgeführte Verkehrsversuch zu einer Reduzierung der über dem Grenzwert liegenden Werte geführt habe und somit der richtige Weg gewesen sei. In Anbetracht jährlich steigender Bevölkerungszahlen sowie ständig höherer Kfz-Zulassungszahlen sei es fahrlässig, auf Grundlage der aktuellen Werte die Auffassung zu vertreten, es seien keine Anstrengungen mehr erforderlich. Die im Maßnahmenpaket beschriebenen Maßnahmen stünden für eine moderne und zukunftsorientierte Verkehrspolitik mit dem Ziel einer weiteren Reduzierung der Schadstoffe im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) betont nochmals, dass es heute um einen Vergleich zwischen dem Land NRW und der DUH gehe, dem ein Maßnahmenpaket als Anlage beigefügt sei, das unter Berücksichtigung der vorliegenden Anträge um einige Punkte ergänzt werden solle. Hierzu passe weder die Grundsatzdiskussion über Mobilität noch die Diskussion darüber, dass eine Beschlussvorlage der Verwaltung, die eigentlich im StEA abschließend abgelehnt worden sei, nunmehr über den Umweg des Ergänzungsantrages doch noch beschlossen werden solle. Seine Fraktion habe die Vorlage im StEA abgelehnt, da die Verwaltung die in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen nicht hätte beantworten können. Beispielsweise sei in der Vorlage nicht berücksichtigt worden, dass es sich bei der Wilhelmstraße um eine Einbahnstraße handele. Auch zur geplanten Führung der Gelenkbusse durch die Körnerstraße habe sich die Verwaltung nicht verhalten, obwohl schon jetzt teilweise chaotische Verkehrsverhältnisse insbesondere im Bereich Körnerstraße/Turnerstraße vorhanden seien. Ebenso wenig sei zu den Auswirkungen der baustellenbedingten Sperrung der Friedrich-Verleger-Straße keine Aussage getroffen worden. Die Hoffnung von Herrn Ridder-Wilkens, dass sich dies alles im weiteren Verfahren finden werde, teile er nicht, da nach Ausschreibung der Maßnahme keine Änderungen mehr möglich seien. All diese Gründe hätten zur

Ablehnung der Vorlage im Fachausschuss geführt, was die Paprika-Kooperation bedauerlicherweise nicht akzeptiere. Hinsichtlich der Einführung eines 365-Euro-Tickets unterscheidet sich der Antrag seiner Fraktion insofern deutlich vom Antrag der Paprika-Kooperation, als dass diese zunächst die Verwaltung um Prüfung bitte, während die CDU den Antrag bereits auf den Weg bringen wolle. Abschließend betont Herr Nettelstroth nochmals, dass es kein Problem bei Stickoxid-Werten gebe, da diese allesamt unterhalb des Grenzwertes von 40 µg lägen und sich automatisch durch jetzt schon vorhandene technische Innovationen weiter reduzieren würden. Insofern werde dieses Thema von der Paprika-Kooperation nur als Vorwand genutzt, um ihre Verkehrspolitik durchzusetzen.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung, der es durch ihr bauzeitliches Verkehrskonzept gelungen sei, dass trotz des erheblichen Eingriffs in den zentralen Bereich der Innenstadt die ÖPNV-Verkehre während der gesamten Bauzeit funktionieren würden.

Herr Oberbürgermeister Clausen schlägt vor, den Punkt 2 aus dem Antrag der Fraktion Die Linke zum ursprünglichen TOP 4.3 insofern unter Buchstabe b) des Antrags der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelvertreter von Bürgernähe/Piraten und Lokaldemokratie in Bielefeld einzubeziehen, als dass nach der Formulierung „ein Förderantrag zur Einführung eines 365-Euro-Tickets für den ÖPNV“ der Passus „im Raum der Regiopole, alternativ nur für Bielefeld,“ eingefügt werde. Die Antragsteller erklären sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Anschließend stellt Herr Oberbürgermeister Clausen die vorliegenden Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs zur Abstimmung und weist darauf hin, dass zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Einzelvertreter von Bürgernähe/Piraten und Lokaldemokratie in Bielefeld getrennte Abstimmung der beiden Absätze gefordert worden sei.

**Sodann wird der Antrag der CDU-Fraktion „Klimaschutzprogramm – Einführung eines 365-Euro-Tickets für den ÖPNV“ mit Mehrheit abgelehnt.**

-.-.-

Zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu TOP 8 „Luftreinhalteplan Bielefeld“ fasst der Rat folgenden

### **B e s c h l u s s:**

**In dem Maßnahmenpaket wird in dem Kapitel Maßnahmenfeld: ÖPNV ein weiterer Abschnitt eingefügt – und zwar nach dem Abschnitt Modernisierung der Busflotte:**

**Verbesserung und Ausbau des bestehenden ÖPNV-Angebotes**  
**Aktuell befindet sich ein neuer Nahverkehrsplan für die Stadt Bielefeld in Bearbeitung. Dieser sieht ab 2023 neue Buslinien im Stadtgebiet sowie auf verschiedenen Linien eine Taktverdichtung vor. Damit entsteht eine deutliche Verbesserung des aktuellen ÖPNV-Angebots. Zwei Stadtbahnlinien – nach Sennestadt und Hillegossen/Ubbedissen – befinden sich aktuell in der Bürgerbeteiligung. Für beide Linien ist die Planfeststellung für die nächsten Jahre geplant. Für zwei weitere**

**Projekte – Stadtbahn nach Jöllenbeck und Verbindung der Linien 3 und 4 gibt es positive politische Beschlüsse (Empfehlungscharakter) in den Bezirken Jöllenbeck und Dornberg. Eine Aufnahme in den Nahverkehrsplan ist durch die Verwaltung vorgesehen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelvertreter von Bürgernähe/Piraten und Lokaldemokratie in Bielefeld fasst der Rat folgenden

**B e s c h l u s s :**

**Der Beschlusstext der Vorlage 10157/2014-2020 wird wie folgt ergänzt:**

**Der Rat der Stadt folgt der Beschlussempfehlung der Vorlage 10063/2014-2020 und beauftragt die Verwaltung das in dieser Vorlage vorgestellte bauzeitliche Verkehrskonzept während der Umgestaltung des Jahnplatzes umzusetzen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

**Die Anlage 2 zur Drucksachen Nr. 10157/2014-2020 im Bereich „Maßnahmenfeld ÖPNV“ wird wie folgt verändert:**

**a. „Förderung des Jobtickets“ wird verändert in „Entwicklung attraktiver Tarife für den ÖPNV“**

**b. Ergänzung nach dem letzten Absatz des Maßnahmenfeldes:**

***„Als weiteres mögliches Projekt soll ein Förderantrag zur Einführung eines 365-Euro-Tickets für den ÖPNV geprüft und den Gremien ebenfalls zur Beratung und Beschlussfassung vorgestellt werden. Die Erfahrungen sowie die Kosten von Städten, die ein solches Tarifmodell bereits eingeführt haben, sollen dabei einbezogen werden.“***

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Unter Einbeziehung der vorgenannten Beschlüsse fasst der Rat zur Vorlage sodann folgenden

**B e s c h l u s s :**

**1. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt dem Abschluss eines Vergleiches zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Deutschen Umwelthilfe auf der Basis des in der Anlage 1 beigefügten Entwurfes zu und erklärt sich damit einverstanden, dass das erarbeitete Maßnahmenpaket (Anlage 2) in die Vergleichsverhandlungen vor dem Oberverwaltungsgericht NRW eingebracht wird.**

**2. In dem Maßnahmenpaket wird in dem Kapitel Maßnahmenfeld: ÖPNV ein weiterer Abschnitt eingefügt – und zwar nach dem Abschnitt Modernisierung der Busflotte:**

**Verbesserung und Ausbau des bestehenden ÖPNV-Angebotes**

Aktuell befindet sich ein neuer Nahverkehrsplan für die Stadt Bielefeld in Bearbeitung. Dieser sieht ab 2023 neue Buslinien im Stadtgebiet sowie auf verschiedenen Linien eine Taktverdichtung vor. Damit entsteht eine deutliche Verbesserung des aktuellen ÖPNV-Angebots.

Zwei Stadtbahnlinien – nach Sennestadt und Hillegossen/Ubbedissen – befinden sich aktuell in der Bürgerbeteiligung. Für beide Linien ist die Planfeststellung für die nächsten Jahre geplant. Für zwei weitere Projekte – Stadtbahn nach Jöllenbeck und Verbindung der Linien 3 und 4 gibt es positive politische Beschlüsse (Empfehlungscharakter) in den Bezirken Jöllenbeck und Dornberg. Eine Aufnahme in den Nahverkehrsplan ist durch die Verwaltung vorgesehen.

3. Die Anlage 2 zur Drucksachen Nr. 10157/2014-2020 im Bereich „Maßnahmenfeld ÖPNV“ wird wie folgt verändert:
  - a. „Förderung des Jobtickets“ wird verändert in „Entwicklung attraktiver Tarife für den ÖPNV“
  - b. Ergänzung nach dem letzten Absatz des Maßnahmenfeldes:  
„Als weiteres mögliches Projekt soll ein Förderantrag zur Einführung eines 365-Euro-Tickets für den ÖPNV im Raum der Regiopole, alternativ nur für Bielefeld, geprüft und den Gremien ebenfalls zur Beratung und Beschlussfassung vorgestellt werden. Die Erfahrungen sowie die Kosten von Städten, die ein solches Tarifmodell bereits eingeführt haben, sollen dabei einbezogen werden.“
4. Der Rat der Stadt folgt der Beschlussempfehlung der Vorlage 10063/2014-2020 und beauftragt die Verwaltung das in dieser Vorlage vorgestellte bauzeitliche Verkehrskonzept während der Umgestaltung des Jahnplatzes umzusetzen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

002.2 Büro des Rates, 25.02.2020, 51-2052

An

Dez. 4, 660, 300

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung

i. A.

Kricke

.